

Klaus Wolfgang Waldschmidt
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch
Gladbach

**Rede zum Haushalt 2010
anlässlich der Verabschiedung des
Haushaltes 2010 im Rat der Stadt
Bergisch Gladbach am 25. 03. 2010
- es gilt das gesprochene Wort –**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

„Wenn die bunten Fahnen wehen,
geht die Fahrt wohl übers Meer.“
beginnt das bekannte Wanderlied von Alf
Zschiesche.

Zwar hat Bürgermeister Urbach vor dem Bergisch Gladbacher Rathaus bunte Fahnen gehisst und der Sturm der kommunalen Finanznot weht heftig, aber wohin die Reise geht, ist ungewiss:

33 Millionen Euro ausgewiesenes Defizit im Haushaltsentwurf 2010, zuzüglich weitere 4 Millionen Euro Defizit aus Gewerbesteuerrückgängen, zuzüglich 3 Millionen plus x Euro weiteres Defizit aus dem „Schuldenbeschleunigungsgesetz“ der schwarz-gelben Koalition in Berlin, ein kurz- und mittelfristiger Sanierungsbedarf an unseren Schulen von knapp 50 Millionen Euro, marode Straßen und eine desolate Fußgängerzone, die den Verkehrssicherungspflichten nicht mehr genügen, sowie eine Regionale-Förderung, die auf tönernen Füßen steht.

Die Fahrt geht übers Meer, und kein Land in Sicht.

Ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept kann auch unter Ausnutzung sämtlicher Einsparpotentiale und Streichung aller freiwilligen Leistungen noch nicht einmal ansatzweise dargestellt werden.

Und das im Kooperationsvertrag der Ratsfraktionen von CDU und FDP formulierte vorrangige Ziel der Ratsarbeit, die städtischen Finanzen zu stabilisieren und – ich zitiere – „konsequenten Schuldenabbau zu betreiben“, ist bei der sich abzeichnenden Rekord-Neuverschuldung noch nicht einmal als Fata Morgana am Horizont erkennbar.

Die von Bürgermeister Urbach derzeit geprüfte Einführung von Betten-, Zweitwohnungs- und Bordellsteuer ist hierbei der sprichwörtliche Strohhalm, an den sich der Ertrinkende klammert.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Finanzkrise unserer Stadt können und werden wir nicht aus eigener Kraft überwinden.

Solange die finanzielle Ausstattung der Kommunen auf einer ungesicherten Einnahmehasis beruht und maßgeblich von konjunkturellen Einflüssen abhängt, sind eine verlässliche Etatplanung und erst recht eine dauerhafte Konsolidierung des Haushalts unmöglich.

Die Finanzmisere der Kommunen ist aber nur zum Teil auf die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise zurückzuführen; die Finanzausstattung der Gemeinden ist, wie nicht zuletzt durch die Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen deutlich wurde, strukturell völlig unzureichend.

Wissenschaftliche Untersuchungen belegen zudem, dass die Kommunen in Nordrhein-Westfalen seit Jahren schlechter gestellt sind als die in anderen Bundesländern.

Hierbei hat die schwarz-gelbe Landesregierung durch die Abwälzung zahlreicher Lasten und das ungerechtfertigte Einbehalten von für die Kommune bestimmten Geldern die Lage noch verschärft.

Dringender denn je brauchen wir eine Gemeindefinanzreform, die die Finanzlage der Kommunen nachhaltig verbessert.

Als Sofortmaßnahme fordern Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Bund, Land und Gemeinden einen Rettungsschirm für die Not leidenden Kommunen, der uns für eine Übergangszeit die Zins- und Tilgungsaussetzung und die Vornahme unaufschiebbarer Investitionen erlaubt.

Mit der Verankerung einer angemessenen Finanzausstattung der Kommunen in der Landesverfassung, d.h. der verfassungsrechtlichen Garantie einer angemessenen an der Aufgabe der Kommune orientierten Finanzierung, wird nach dem 09. Mai die von der SPD geführte Landesregierung den Kommunen wieder eine finanzpolitische Perspektive eröffnen.

Dann kann auch in Bergisch Gladbach die beschwerliche Reise in Richtung Haushaltskonsolidierung gehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die desolate Gebäudesubstanz der Otto-Hahn-Schulen und des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums sowie die Raumsituation in der Wilhelm-Wagener-Schule sind besorgniserregend.

Der Haushaltsentwurf und die vom Bürgermeister vorgelegte Investitionsliste verkennen offensichtlich diese Realitäten.

Die von Bürgermeister Urbach beabsichtigte vieljährige und scheinbarweise Sanierung des Otto-Hahn-Gymnasiums ist schon aus brandschutztechnischen Gründen überhaupt nicht zulässig.

Vielmehr muss die Generalsanierung in drei unmittelbar aufeinander folgenden Bauabschnitten durchgeführt werden.

Entgegen der Urbach'schen Investitionsliste kann der Sanierungsbeginn nicht auf die Jahre ab 2013 verschoben werden, da die völlig marode Haustechnik zu ernsthaften Sicherheitsbedenken Anlass gibt.

Zudem verursacht die nicht mehr steuerbare Heizungsanlage Temperaturunterschiede in den Schulräumen von bis zu 12 Grad. Das ist nicht nur für Lehrer und Schüler unzumutbar, sondern auch aus energetischen und schließlich finanziellen Gründen nicht akzeptabel.

Auch die Fassaden der 50 Jahre alten Gebäude des Nikolaus-Cusanus-Gymnasiums bedürfen dringend der thermischen Sanierung.

Die Dächer des ältesten Gymnasiums unserer Stadt sind undicht und der Aula droht mittelfristig die baupolizeiliche Schließung. Außer Planungskosten sieht die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt jedoch keine Ansätze vor.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

noch nicht einmal die Hälfte der vom Fachbereich angemeldeten Finanzmittel für dringend erforderliche Schulsanierungsmaßnahmen wird im vorliegenden Haushaltsplanentwurf zur Verfügung gestellt!

Herr Urbach,
das ist kein Horrorgemälde, sondern traurige Realität, die von den Fachleuten Ihrer Verwaltung auch klar erkannt wird: Mittelfristig drohende Schulschließungen können mit Ihrem sog. Investitionsplan nicht verhindert werden.

Keine Sozialdemokratin, kein Sozialdemokrat in diesem Rat will eines Tages vor die Wahl gestellt werden, welche Schule aus baulichen Gründen geschlossen werden muss.

Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht, lange das „für und wider“ abgewogen, Verwaltungswissen eingeholt, uns vor Ort informiert, und sind dann einstimmig zu dem Ergebnis gelangt, dass wir keine Alternative haben:

Um die zwingend erforderlichen Generalsanierungen zu finanzieren, müssen wir an unsere „Notgroschen“ gehen.

Das Fondsvermögen der städtischen Bädergesellschaft ist nicht sakrosankt.

Zudem bin ich davon überzeugt, dass die von uns geforderten Gebäudesanierungen mit dem Fondsvermögen auch ökonomisch sinnvoll sind.

Auf unserer Klausurtagung haben wir mit Ihnen, Herr Urbach, ausführlich über die Frage der Wirtschaftlichkeit von Schulsanierungen unter – zumindest teilweiser – Verwendung von Fondsmitteln diskutiert.

Sie sicherten uns zu, rechtzeitig vor der Haushaltsentscheidung eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzulegen, d.h. die Fondserträge, die derzeit unter 4 % betragen, den ersparten Zinsaufwendungen für Investitionskredite und Energieeinsparungen durch energetische Sanierungen gegenüberzustellen.

Hierauf warten wir noch heute!

Wir haben ein Modell vorgeschlagen, das kommunalaufsichtlich unbedenklich ist und von anderen Kommunen mit vergleichbaren finanziellen Schwierigkeiten bereits erfolgreich umgesetzt worden ist:

Die Stadt veräußert ihre maroden Schulen zum Buchwert an die Bädergesellschaft, die dann unverzüglich die Generalsanierung unter Verwendung ihrer Fondsmittel vornimmt und die Gebäude an die Stadt vermietet.

In der Bilanz der Bädergesellschaft bleibt das Anlagevermögen wertmäßig unangetastet, da die erworbenen und sukzessive sanierten Immobilien an die Stelle der Fondsanlage treten.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass einflussreiche Kräfte in anderen Fraktionen und im Verwaltungsvorstand eine völlig andere Verwendung der Fondsmillionen ins Auge fassen.

Im Internet-Auftritt der CDU-Fraktion wird verlangt: Hände weg vom Bäderfonds! Zugleich fordern die Christdemokraten in dem Web-Artikel unverhohlen, eine noch zu gründende Infrastrukturgesellschaft mit Vermögen auszustatten.

Welches Vermögen ist wohl gemeint ?!

Wenn der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion unseren Vorschlag noch vor einem Monat mit der Bemerkung ablehnte, für Schulsanierungen könne man doch nicht sein Tafelsilber verscherbeln, haben wir nunmehr – nicht zuletzt unter dem Druck der öffentlichen Meinung – quer durch alle Fraktionen dieses Rates Zustimmung vernommen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
verfahren Sie nicht nach dem Motto:
„Wenn die Sonne mit uns lacht, hat´s die
CDU gemacht. Gibt es Regen, Sturm und
Schnee, war´s bestimmt die SPD.“

Lassen Sie uns gemeinsam an dem
Konzept „Sanierung der Schulen unter der
Verwendung von Fondsmillionen“
weiterarbeiten.

Klären wir doch gemeinsam mit den
Fachleuten unserer Verwaltung und
weiteren Experten offene Fragen.

Lassen Sie unseren Vorschlag nicht durch
unverbindliche Prüfaufträge im Nirwana
des Verwaltungsdschungels
verschwinden!

Lassen Sie die Schulen nicht – im wahren
Sinne des Wortes – im Regen stehen.

Der Bürgermeister versprach in seiner Haushaltsrede, ich zitiere: „Der Schwerpunkt unserer Investitionen liegt ganz eindeutig in der Sanierung der Schulen.“ Herr Urbach, Sie sicherten hierbei ausdrücklich – ich zitiere weiter – „verlässliche Beschlüsse“ zu.

Eltern, Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer erwarten keine Sonntagsreden, sondern klare Antworten, mutige und verantwortungsvolle Entscheidungen ihres Stadtrats und die von Herrn Urbach versprochenen verlässlichen Beschlüsse.

Lassen Sie uns heute gemeinsam die Haushaltsverabschiedung vertagen und die Zeit bis zur nächsten Ratssitzung nutzen, um für die Schulen im städtischen Haushalt eine realistische Sanierungsperspektive abbilden zu können.

Einem solchen Haushalt werden wir zustimmen.

Wem Schule, Familie und Bildung das wichtigste politische Handlungsfeld ist, kann dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen.

Um auf den Beginn meiner Rede zurückzukommen:

Wohin die Reise geht, hängt nicht nur davon ab, woher der Wind weht, sondern auch wie man die Segel setzt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.